

SPD/FDP/0003/2025

Sachbearbeitung: Parteienantrag SPD/FDP
Lisa Wall

Az:

Datum: 11.12.2025

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Zuständigkeit	Abstimmung
Stadtverordnetenversammlung	11.12.2025	Entscheidung	

Antrag zum Haushalt 2026 der SPD und FDP Fraktion - Keine Erhöhung der Grundsteuer B

Beschlussvorschlag:

Der Hebesatz für die Grundsteuer B wird nicht erhöht.

Begründung:

Trotz der angespannten Lage können wir entsprechend der vorläufigen Jahresabschlüsse 2024 und 2025 wieder Überschüsse erwirtschaften. Auch die neueste Steuerschätzung geht von Mehreinnahmen aus und auch die geforderten Hilfen der höheren Ebenen sind zu einem gewissen Teil eingetroffen.

Das Haushaltsjahr 2024 sieht einen Haushaltsüberschuss von 2.136.761 EURO vor.

Das laufende Haushaltsjahr 2025 sieht ebenfalls eine Ergebnisverbesserung mit einem Überschuss von 1.000.000 EURO vor.

Der Haushaltsentwurf 2026 sieht außerdem eine Erhöhung der Rücklagen auf 10,3 Mio. EURO vor.

Unter diesen Vorzeichen halten wir eine Erhöhung der Grundsteuern nicht für angemessen und auch nicht gerechtfertigt. Deshalb lehnen wir sie aus den genannten Gründen ab. Das Defizit von aktuell 1,7 Mio EURO können wir so für 2026 über die Rücklage decken.

Wir sehen, dass trotz schwieriger Rahmenbedingungen und Unterfinanzierung der kommunalen Familie die Einnahmen trotzdem weiter kontinuierlich steigen.

Wir sind davon überzeugt, dass eine Steuererhöhung nicht Bestandteil der Konsolidierung, sondern unser letztes Mittel zum Ausgleich des Haushaltsergebnisses sein sollte. Die Erhebung der Steuern und Gebühren muss gerecht und verhältnismäßig gestaltet und dem tatsächlichen Bedarf angepasst werden. Die Bürgerinnen und Bürger dürfen nicht ohne Begründung zusätzlich belastet werden in ohnehin schwierigen Zeiten.

Wir priorisieren daher die Konsolidierung der Ausgaben, die ebenfalls kontinuierlich steigen, und stehen anderen Formen der Einnahmeerhöhung, wie z.B. dem kommunalen Wirtschaften, weiter offen gegenüber.